

Karl-Marx-Platz

Ortszeitung der DKP Elmshorn

Nr. 255 / 38. Jahrgang Feb./März 2009 - Solidaritätsspende Sparkasse Elmshorn Kto 126985 BLZ 22150000

Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus

Jedes 6. Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Das sagt der UNICEF-Bericht 2008 zur Lage der Kinder in Deutschland. Inzwischen ist es jedes 4. Kind. Jeder Vierte zwischen 16 und 25 Jahre alter Jugendliche lebt in materieller Not oder ist davon bedroht. Das erklärt die Arbeitsgemeinschaft der Kinder und Jugendliche AG Anfang Juni 2008. Inzwischen ist die Anzahl junger Menschen, die arm sind, weiter gewachsen. Im Juli 2008 waren 1,35 Millionen Menschen in Deutschland auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen, darunter ein rasant steigender Anteil von Menschen mit Vollzeit- und Teilzeitstellen. Arm trotz Arbeit – für immer mehr Menschen reicht der Lohn nicht zum Leben.
In den vergangenen zwei Jahren hat sich weltweit die Zahl der Hungernden von 848 auf 923 Millionen Menschen erhöht. Das heißt, jeder 7. Mensch auf dieser Erde ist unterernährt.

Tendenz steigend. Seit Jahrzehnten sterben täglich mehr als 20.000 Menschen an den Folgen von Hunger. Doch sie hungern und sterben nicht etwa, weil es zu wenig Lebensmittel gibt, sondern weil sie deren Marktpreise nicht zahlen können. Notleidende Menschen wurden bisher kein Thema von Sondersendungen im Fernsehen. Notleidende Banken und Finanzinstitute schon. In einer Woche wurde ein 500 Milliarden Euro schwerer Rettungsschirm für die Banken aufgespannt. 50 Milliarden Euro werden kurzfristig locker gemacht, vor allem um Konzerne und Betriebe zu unterstützen. 2009 muss auch ein Jahr werden, das verbunden ist mit der Forderung: Wir können das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mehr tragen. Das Land braucht ein Wirtschaftssystem, in dem die Leistungen und Bedürfnisse der Menschen Maßstab für politische Entscheidungen werden!



Armut in Elmshorn

Vor kurzem war in den „Elmshorner Nachrichten“ zu lesen, dass die Elmshorner Tafel aus den Nähten platzt. Immer mehr Menschen sind darauf angewiesen, ein kostengünstiges Angebot für eine warme Mahlzeit zu nutzen.

Jene Kolleginnen und Kollegen, die diese Tafel organisieren und täglich dafür sorgen, dass dieses Angebot vorgehalten wird, kommen an die Grenzen ihrer Leistungskraft und der Organisationsmöglichkeiten.

Man fragt sich: Wie viele Menschen mag es geben, die nicht den Mut haben und es für sich als würdelos ansehen, täglich ein solches Mittagessen zu erbitten, wieviele. Wie groß ist das Ausmaß an Armut konkret?



Eine Forderung der DKP in der Finanzkrise lautet, dass die Millionäre zu einer Sonderabgabe in Höhe von fünf Prozent ihres Vermögens herangezogen werden müssen. Das entspricht auch dem Grundgesetz, nach dem Eigentum zu sozialem Verhalten verpflichtet. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 800.000 Millionäre.

Nehmen wir einmal an, in Elmshorn wären es ebenfalls ca. ein Prozent der Bevölkerung, dann müsste es hier 400 Millionäre geben. Wenn jede und jeder von denen fünf Prozent des mit einer Million angenommenen Vermögens in einen Fonds zu zahlen hätte, dann ergäbe dies 5.000 Euro mal 400, das

~~20~~ 20 Millionen Euro. Was könnte dafür alles in Elmshorn geleistet werden? Eine regelmäßige Versorgung der Armen, vor allem der armen Kinder, mit Nahrungsmitteln. Ausbau und Neubau von Kindertagesstätten. Zulagen für die Hartz-IV-Bezieher durch zum Beispiel Sozialpässe für kostenloses Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln,

kostenloser Eintritt in Badeanstalten, in allen öffentlichen Einrichtungen, ermäßigter Eintritt für alle Kulturveranstaltungen und vieles mehr.

Es gilt nach wie vor die alte Erfahrung: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Was wir benötigen, ist der politische Wille, eine Umverteilung des Reichtums in der Gesellschaft zu Gunsten der Armen vorzunehmen. Das auch in Elmshorn jetzt!

Schulen sanieren und neu bauen

Es ist mehr als an der Zeit, marode Schulen zu sanieren bzw. wie im Falle der KGSE neue Schulen zu bauen. Wenn das neue Konjunkturprogramm dafür Mittel zur Verfügung stellt, so ist das gut und richtig. Und es sollte möglichst bald mit dem Neubau der KGSE und der Sanierung der anderen Schulen begonnen werden.

Bei dem Beifall, den wir diesen politischen Entscheidungen zollen, sollten wir allerdings nicht vergessen, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte als Lasten auf die Bevölkerung umgelegt werden. Das heißt, vermutlich wird auch in Zukunft an Bildung, Ausbildung, Schulneubauten, Ausstattung der Schulen durch Lehrerinnen und Lehrer und qualifizierten Unterricht gespart werden. Insofern sind auch diese Maßnahmen nur dann wirklich wirksam, wenn die notwendigen Mittel zum Beispiel durch Umverteilung vom Reichtum zur Armut in die öffentlichen Haushalte fließen.

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer wäre so eine Geldquelle.

Wer allerdings meint, dass durch den Neubau und die Sanierung von Schulen die Probleme in der Bildungspolitik zu lösen seien, ist auf dem Holzweg. Dies ist vor allem auch eine Frage der Ausstattung der Schulen durch kostenlose Lehrmittel, durch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Dies wiederum verlangt eine bessere Ausstattung der Hochschulen bzw. der Lehrerausbildungsstätten.

Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten planen für den Mai einen bundesweiten Streik gegen die verfehlte Bildungspolitik. Alle Teile der Bevölkerung, von den Rentnerinnen und Rentnern bis hin zu den Erstklässlern, sind gefordert, diese Aktionen zu unterstützen. Denn Bildung ist ein Menschenrecht. Und Menschenrechte sind unabdingbar gültig und müssen durchgesetzt werden.

VERÄNDERN
Mitglied werden



Talkline: 600 Arbeitsplätze weg!

Fährt man nach Elmshorn und sieht auf das Talkline-Gelände, dann fallen Dutzende von Holzkreuzen auf. Sie symbolisieren 500 vernichtete Arbeitsplätze, und Freenet will diesen Standort schließen.

Zur Erinnerung: Talkline wurde an Debitel verkauft. Das kostete Arbeitsplätze. Innerhalb kürzester Zeit wurde es weiter verkauft an Freenet. Das kostet den Standort. Hochqualifizierte Kolleginnen und Kollegen verlieren ihre Arbeit. Sie und ihre Familien müssen Abschied nehmen von Zukunftsvorstellungen. Ihre Lebensgrundlagen sind gefährdet.

Der Geschäftsführer von Freenet musste inzwischen von seinem Amt zurücktreten. Er wurde angeklagt und soll sich unrechtmäßig an Aktiengeschäften bereichert haben.

Er wird nicht angeklagt wegen der Vernichtung von Arbeitsplätzen und des Standortes Elmshorn.

Politik in allen Farben und mit vielen Funktionen versehen versucht Talkline, um jeweils für die eigenen

Wahlchancen zu werben und den Kolleginnen und Kollegen zu versprechen, Hilfe für ihre Lage zu organisieren. Konkretes: Fehlanzeige bisher.

Die DKP überbrachte ein Grußschreiben, ihre Mitglieder nahmen an der Aktion der Aufstellung der Holzkreuze teil. Inhalt auch des Gespräches mit einem Betriebsrat: Vor Ort war das Versprechen, die Belegschaft zu unterstützen, bei allen notwendigen Kampfmaßnahmen, die sie selbst planen und durchführen wird.

Nut wer kämpft, kann gewinnen. Solidarität ist unsere Kraft. Das bewies nicht zuletzt der Erfolg der Belegschaft bei I.D.Möller in Wedel, die über einen Streik die Geschäftsleitung zwang, alle Tarifverträge der IG Metall anzuerkennen.

Wir wünschen der Talkline-Belegschaft einen ähnlichen Erfolg.



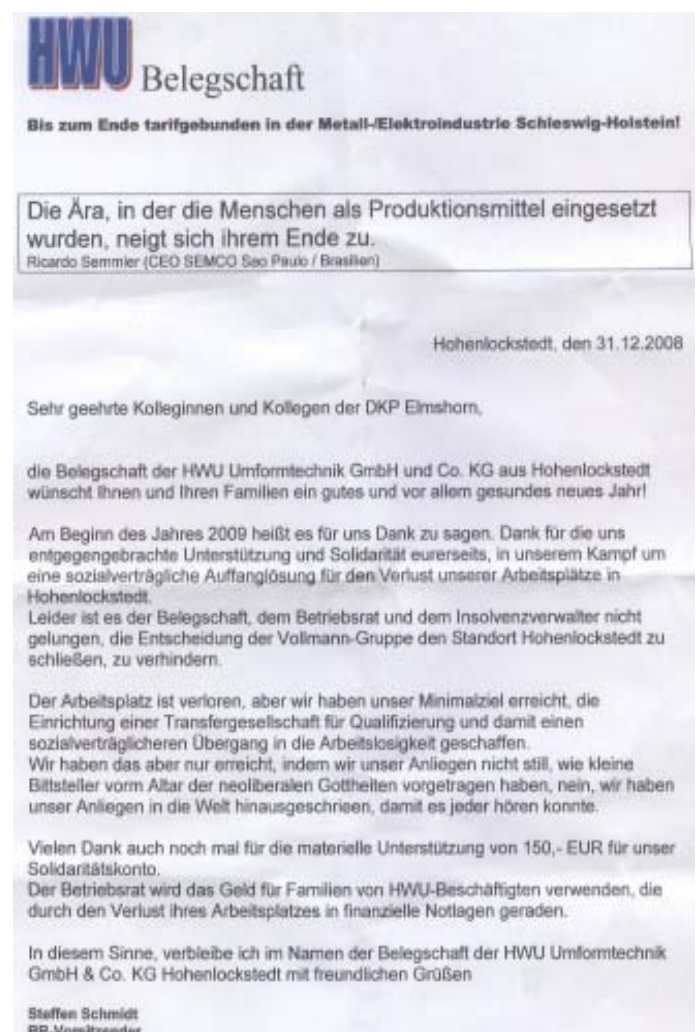
Streik bei Möller-Wedel erfolgreich beendet:

Die IG Metall Küste und die Geschäftsführung der Firma Möller-Wedel haben sich auf einen Anerkennungstarifvertrag geeinigt. Damit gelten in dem Unternehmen künftig wieder die Tarifverträge der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie.

„Der Mut der Beschäftigten hat sich gelohnt“, bei der IG Metall Küste, bei der Abschlusskundgebung in Wedel.

„Nach knapp drei Wochen Streik musste die Geschäftsführung einsehen, dass sich zwischen Belegschaft und IG Metall kein Keil treiben lässt. Tarifverträge sind das gute Recht der Arbeitnehmer“.

Der erfolgreiche Arbeitskampf in Wedel hat zugleich eine Warnung an alle anderen Unternehmen gezeigt. „Die Arbeitgeber sehen, dass sich die Belegschaften nicht alles gefallen lassen und notfalls auch bereit sind, für ihre Recht auf die Straße zu gehen“ „Sie habt nicht nur für sich viel erreicht, sondern auch für viele andere Arbeitnehmer in Deutschland.“



Asse-Abwässer übers Land verteilt

Umweltministerium beantwortete Anfrage von Christel Wegner

Nach sechs Monaten ist endlich die Anfrage der fraktionslosen niedersächsischen Landtagsabgeordneten Christel Wegner (DKP) schriftlich vom niedersächsischen Umweltministerium beantwortet worden.

Wegner hatte im Juli einen detaillierten Fragenkatalog vorgelegt und nach dem Verbleib von aus dem Atom Mülllager abgepumpten Laugenabwässern gefragt. Die Anfrage wirbelte in Hannover und Berlin Staub auf. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte daraufhin im August „so nebenbei“ aus dem niedersächsischen Umweltministerium von der Verbringung der Lauge in Bergwerke erfahren. Die Lauge sei mit Tritium sowie Uran 235 und 238 belastet, berichtete Gabriel.

Bei der Recherche der Wegner-Fragen bestätigte sich, dass tatsächlich jahrelang Asse-Lauge in niedersächsische stillgelegte Bergwerke der K+S AG verbracht wurde. Stück für Stück sickerten Informationen dazu in die Öffentlichkeit, Rückstellproben wurden durch den Betreiber analysiert, die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden endlich informiert. Gabriel zeigte sich über die aufgedeckten Vorgänge in der Asse empört und meint laut Spiegel: „Sie können sagen, dass die Sicherheit nirgends nachgewiesen ist“ Die Pressemitteilung des Bundesumweltamtes wird noch deutlicher (Originalzitate aus der Presseerklärung des Bundesumweltministeriums):

- Der Betreiber ist seit langer Zeit ungenehmigt mit radioaktiven Stoffen umgegangen.
- Der Umgang mit radioaktiven Abfällen im Betrieb war nicht sachgemäß.
- Dokumentationsstandards bei Strahlenschutzanweisungen wurden nicht eingehalten.
- Der Betreiber hat keine ausreichende Fachkunde im Atom- und Strahlenschutzrecht.
- Die Kommunikation des Landesbergamtes mit der vorgesetzten Strahlenschutz-Behörde war unzureichend, was am Umgang mit kontaminierten Salzlösungen deutlich wurde.

- Die Kenntnisse des Landesbergamtes im Atom- und Strahlenschutzrecht und der atom- und strahlenschutzrechtlichen Anforderungen sind nicht ausreichend:

Gabriel nannte es einen unglaublichen Vorgang, dass die Undichtigkeiten des Bergwerks nicht erst 1988 bekannt geworden seien, wie der Betreiber behauptet habe, sondern bereits vor 1967. Die Einlagerungen der Atom Müll-Fässer sei damals in feuchten Kammern erfolgt, wie die Befragung von Mitarbeitern ergeben habe.

Gabriel: „Es gab nie ein sicheres Endlager Asse, sondern es wurden bewusst Informationen zu Laugenzutritten unterdrückt.“ Im Rahmen einer Pressemitteilung des niedersächsischen Umweltministeriums aus dem Oktober 2008 wurden weitere Nachforschungen aus der Anfrage bekannt geben, natürlich ebenfalls ohne jeden Bezug auf die auslösenden Fragen der fraktionslosen Abgeordneten und ohne sie über den Zwischenstand zu informieren. Doch auch das Umweltministerium muss zugeben, dass Zweifel und Widersprüche bleiben, so wurde mehr Lauge abtransportiert, als hätte zulaufen können. „Wurde da vielleicht etwas verdünnt?“, fragt Christel Wegner.

Inzwischen wurde dem bisherigen Betreiber des Atom Mülllagers Asse die Verantwortung entzogen und ab dem 1. 1. 2009 die Anlage dem Bundesamt für Strahlenschutz unterstellt.

Die Abgeordnete will mit den besorgten Anwohnern der Bergwerke in Kontakt bleiben. Es müsse jetzt ebenfalls schonungslos aufgedeckt werden, welche staatlichen Stellen sowie Firmen und Konzerne an der Atom Mülllagerung beteiligt waren und wie diese Profite aus dem Betrieb der Anlage gezogen haben. Die Vorgänge zeigen einmal mehr, dass profitorientierte Konzerne nicht geeignet sind, die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen nach Gesundheit und Daseinsvorsorge zu erfüllen.

Weiterhin müsse endlich mit der „Dinosaurier-Technologie Kernkraft Schluss gemacht und der Fokus auf umweltfreundliche, erneuerbare Energien gelegt werden“, meint Christel Wegner.



am 28. März 2009
sind europaweit
Aktionstage gegen das Abwälzen der
Krisenlasten auf die Bevölkerung geplant.
Info unter 04121 / 21 701

Wasserturmfest am Samstag den 22.08.2009
in der Zeit von 15.00 bis 23.00 Uhr

auf dem Gelände des
Reinhold-Jürgensen-Zentrums
Jahnstraße 2 a
(gegenüber dem Wasserturm)